

# Stadtrat

Sitzung am Donnerstag, 27.06.2013

- Ergänzung der Unterlagen -

## Öffentliche Tagesordnung

Inhaltsverzeichnis  
siehe letzte Seite(n)

- |       |  |                                |
|-------|--|--------------------------------|
| 19.   | <b>Gegen 18:30 Uhr:</b><br>Sanierung Freibad West<br><b>Tischauflage:</b><br><b>Ausbauvarianten und Kosten; ESTW v. 25.06.2013</b>   | 52/207/2013<br>Beschluss       |
| 19.1. | Dringlichkeitsantrag Nr. 103/2013 Sanierung Freibad West<br><b>Tischauflage</b>  | 52/208/2013<br>Beschluss       |
| 19.2. | Änderungsantrag Nr. 104/2013 Sanierung Freibad West<br><b>Tischauflage</b>   | 52/209/2013<br>Beschluss       |
| 19.3. | Bürgerfragestunde gemäß § 37 der Geschäftsordnung<br>für den Stadtrat: Erlanger Bäder<br><b>Tischauflage</b>   | 13-2/296/2013<br>Kenntnisnahme |
| 21.7. | Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2012<br>des Sportamtes (Amt 52)<br><b>Tischauflage:</b><br><b>vom Sportausschuss an den Stadtrat verwiesen</b>  | 52/197/2013<br>Beschluss       |
| 26.   | Erhöhung der Mietobergrenzen für EmpfängerInnen von ALG II und<br>Grundsicherung zum Antrag der Grünen Liste Nr. 231/2012 vom<br>12.12.2012<br><b>Tischauflage:</b><br><b>Stellungnahme des Rechtsamtes</b>  | 50/122/2013<br>Beschluss       |
| 29.   | Dringlichkeitsantrag Nr. 085/2013 - Resolution<br>"Solidarität mit der türkischen Bürgerbewegung"<br>hier: Antrag Stadtrat Heinze vom 5.6.2013<br><b>Tischauflage:</b><br><b>Behandlung des Antrages Nr. 099/2013 der Fraktion Grüne Liste<br/>im HFPA am 19.06.2013</b> | 13/075/2013<br>Beschluss       |
| 29.1. | Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion Nr. 107/2013<br>zum Stadtrat am 27.06.2013;<br>Abbruch der Eisenbahnbrücke in Bruck<br><b>Tischauflage</b>   |                                |

# Sanierung Freibad West

## Planungsvarianten

# Variante 1

## Sanierung Freibad West wie Bestand

3/29



Eingang im Süden;  
 → späterer Hallenbadneubau nicht möglich

# Variante 1 A

## Sanierung Freibad West wie Bestand

4/29

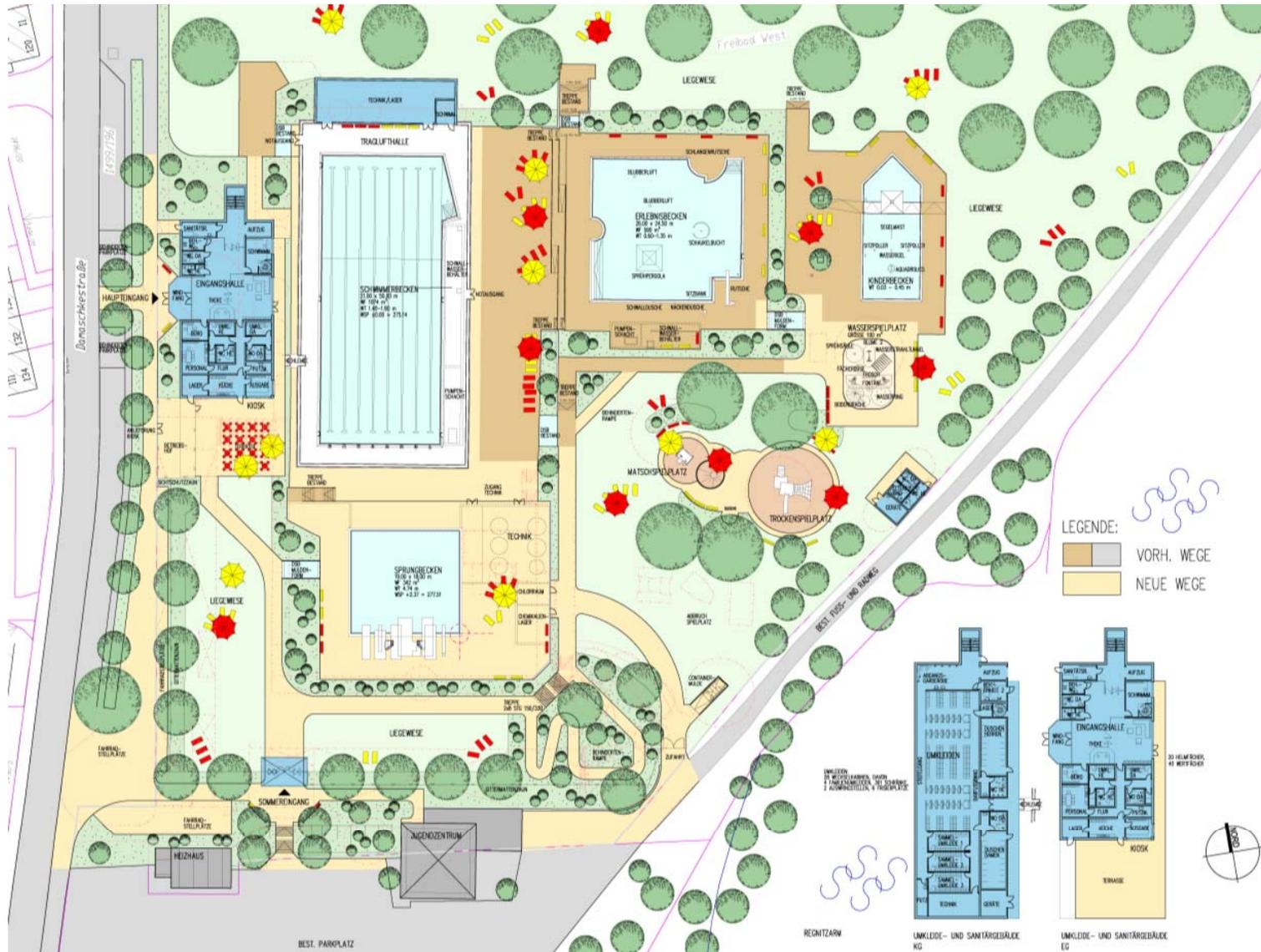


Eingang  
Damaschkestr.;  
späterer  
Hallenbad-  
neubau  
möglich

# Variante 2

## Sanierung des Freibads mit Überdachung des 50 m-Schwimmerbeckens

5/29



Eingang  
Damaschkestr.;  
unwirtschaftliche  
Lösung: hohe  
Betriebskosten

# Variante 3

## Sanierung des Freibads mit Hallenbadneubau

6/29

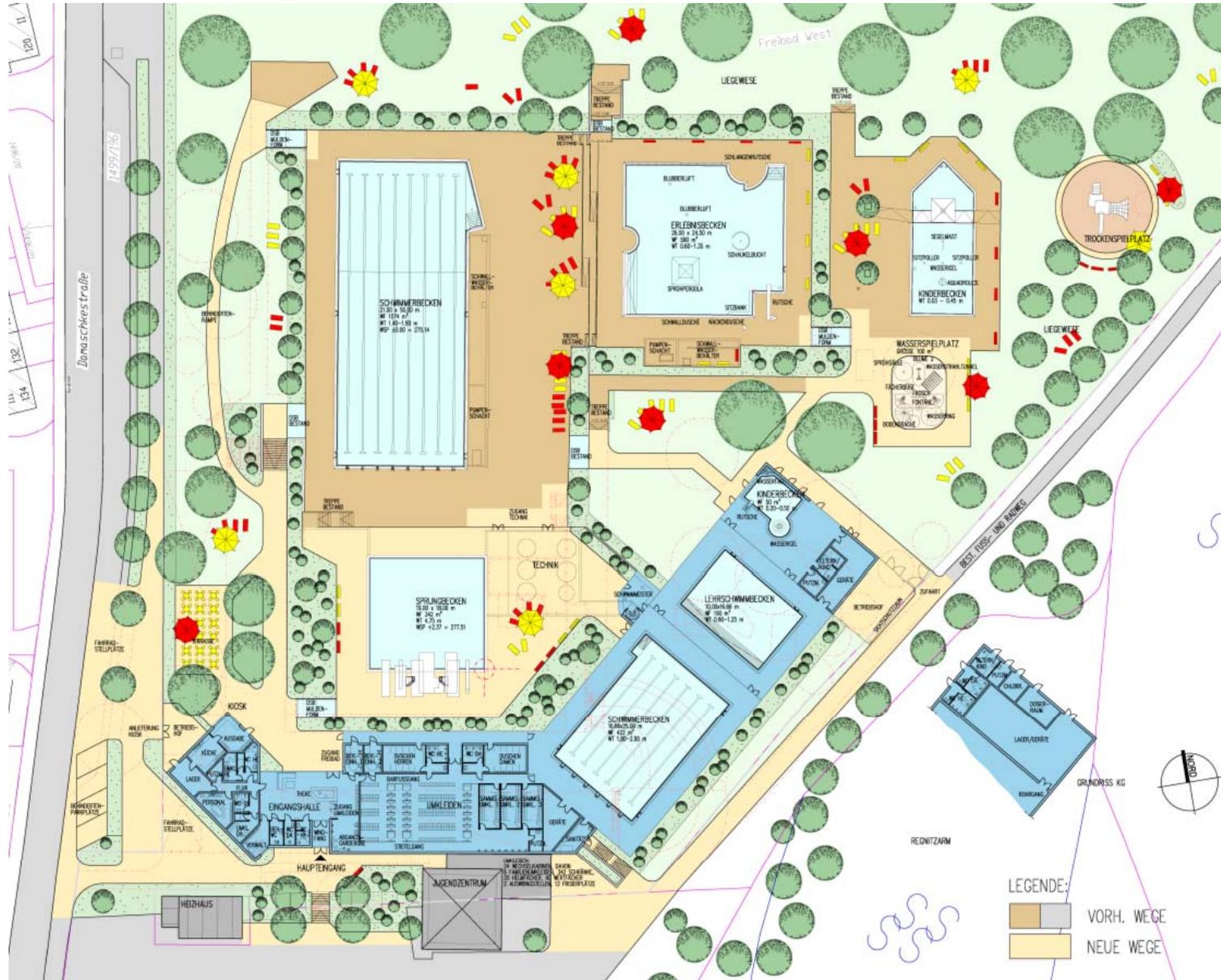


Abriss des  
Jugend-  
zentrums  
notwendig

# Variante 3 A

## Sanierung des Freibads mit Hallenbadneubau

7/29



ohne Abriss  
des Jugend-  
zentrums  
möglich

# Ausbauvarianten und Kosten

Variante 1	Sanierung Freibad wie Bestand	<b>5.694.000 €</b>	
Variante 1 A	Sanierung Freibad wie Bestand Hallenbadstandort frei	<b>5.928.000 €</b>	
Variante 2	Sanierung Freibad mit Überdachung des 50 m-Beckens	<b>9.538.000 €</b>	
8/20 6/20 Variante 3	2 Bauab. 1. Freibad + Vorleistung 2. Hallenbad	Sanierung des Freibads mit Hallenbadneubau Abriss Jugendzentrum nötig	8.091.000 € 6.607.000 € <b>14.698.000 €</b>
Variante 3 A	2 Bauab. 1. Freibad + Vorleistung 2. Hallenbad	Sanierung des Freibads mit Hallenbadneubau ohne Abriss des Jugendzentrums	8.309.000 € 6.631.000 € <b>14.940.000 €</b>
Zunächst Variante 1 A Später Variante 3 A	Sanierung Freibad wie Bestand + später Hallenbadneubau	<b>17.556.000 €</b>	

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
I/52

Verantwortliche/r:  
Sportamt

Vorlagennummer:  
**52/208/2013**

### Dringlichkeitsantrag Nr. 103/2013 Sanierung Freibad West

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Sportbeirat	25.06.2013	Ö	Empfehlung	einstimmig angenommen
Sportausschuss	25.06.2013	Ö	Gutachten	mehrheitlich angenommen
Stadtrat	27.06.2013	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen  
ESTW

#### I. Antrag

1. Der Sachbericht der Verwaltung zu den Themen Sanierung Freibad West und dem Bedarf an Schwimmflächen in Erlangen wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Dringlichkeitsantrag Nr. 103/2013 der Stadträtin Frau Grille und des Stadtrates Herrn Jarosch ist damit bearbeitet.

#### II. Begründung

##### Sachbericht

Die im Dringlichkeitsantrag geforderte Darstellung einer Bedarfsanalyse für Wasserflächen insbesondere auf gedeckte Wasserflächen ist ausgerichtet auf den Bau eines Hallenbades. Die Aufgabe der Erlanger Stadtwerke und der Sportverwaltung in der Vorlage 52/207/2013 „Sanierung Freibad West“ ist auf die Sanierung des Freibades West fokussiert, die eine Verortung eines neuen Hallenbades mit vorsehen soll. Die von der Fa. Plafog gelieferten Unterlagen dienen als Entscheidungsgrundlage für die künftig anzugehende Sanierungsvariante.

Mehrfach wurde in verschiedenen Sportausschusssitzungen ein adäquate Schaffung an Wasserfläche bei Schließung des Hallenbades Frankenhof angesprochen. Der Sportverwaltung liegen fundierte Daten aus der Sportentwicklungsplanung 2006 vor, die sich u.a. auch zum Thema Bäder in Erlangen befasst hat. Hierzu wird wie folgt zitiert:

„Nach der verhaltensorientierten Methode wurde sogar ein geringer zusätzlicher Bedarf an Hallenbadfläche für die Bevölkerung und das Schulschwimmen in Erlangen ermittelt. Dieser Bedarf wurde sowohl durch eine Bedarfsermittlung des näheren Umkreises von Erlangen als auch durch eine stadträumliche Analyse spezifiziert. Demnach wäre unter Stadtentwicklungsaspekten der Südwesten als Standort der Ersatz-Hallenbadfläche nach der Schließung des Frankenhofbades zu empfehlen. Natürlich können in diesem Zusammenhang andere relevante Gesichtspunkte wie bautechnischer und finanzieller Art auch für einen anderen Standort sprechen.“

Weiterhin bleibt festzuhalten, dass bei einem künftig denkbaren Beschluss des Erlanger Stadtrates für den Bau eines neuen Hallenbades dann auch ein Bedarf durch Schulen, Vereine und Öffentlichkeit durch die Verwaltung vorzulegen sein wird. Die Kriterien für den Bedarf an Wasserfläche ergeben sich u.a. aus den vorgelegten Daten der Sportentwicklungsplanung (Bevölkerung), der Anzahl der Sportklassen sowie des Schulentwicklungsplanes (Schulen) und der Abfrage der Bedürfnisse der Schwimmsport betreibenden Erlanger Sportvereine.

**Anlagen:** Dringlichkeitsantrag Nr. 103/2013 Sanierung Freibad West

### III. Abstimmung

Beratung im Gremium: Sportausschuss am 25.06.2013

**Ergebnis/Beschluss:**

1. Der Sachbericht der Verwaltung zu den Themen Sanierung Freibad West und dem Bedarf an Schwimmflächen in Erlangen wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Dringlichkeitsantrag Nr. 103/2013 der Stadträtin Frau Grille und des Stadtrates Herrn Jarosch ist damit bearbeitet.

mit 11 gegen 1 Stimmen

gez. Aßmus  
Vorsitzende/r

gez. Klement  
Berichterstatter/in

Beratung im Gremium: Sportbeirat am 25.06.2013

**Ergebnis/Beschluss:**

1. Der Sachbericht der Verwaltung zu den Themen Sanierung Freibad West und dem Bedarf an Schwimmflächen in Erlangen wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Dringlichkeitsantrag Nr. 103/2013 der Stadträtin Frau Grille und des Stadtrates Herrn Jarosch ist damit bearbeitet.

mit 13 gegen 0 Stimmen

gez. Aßmus  
Vorsitzende/r

gez. Klement  
Berichterstatter/in

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

**Barbara Grille M.A./Joachim Jarosch**

Stadträte  
Vogelherd 2, 91058 Erlangen

**Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO**

**Eingang: 14.06.2013**

**Antragsnr.: 103/2013**

**Verteiler: OBM, BM, Fraktionen**

**Zust. Referat:I/52**

**mit Referat:**

09131/602426

09131/602484

@gmx.de; joachim.jarosch@web.de

Erlangen, den 24. Juni 2013

Dringlichkeitsantrag nach § 29 GeschO zum TOP „Sanierung Freibad West“ für denn Sportausschuss als auch für die Stadtratssitzung am 27. Juni 2013:

- **Darstellung der Planungs- und Förderkriterien**
- **Abfragen des Bedarfs bei Schulen, Schwimmvereinen sowie bei Bürgerinnen und Bürgern**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

mit Interesse, aber auch überrascht haben wir die Unterlagen zu den verschiedenen Planungsvarianten hinsichtlich des Umbaus des Freibades West zur Kenntnis genommen.

Erlangen ist nicht nur eine Medizin- und Gesundheitsstadt, sondern auch eine Sportstadt mit großer Schwimmtradition. Schwimmen zählt zu den gesündesten Sportarten, weshalb die Stadt auch diese Sportart in besonderem Maße fördern sollte.

Bei den Planungen sollten nicht nur die finanziellen Möglichkeiten, sondern auch die Bedarfe und die Gestaltungsmöglichkeiten genau ausgelotet werden. Dabei ist für eine verantwortungsvolle und gewissenhafte Beschlussfassung erforderlich, dass umfassende und genaue Daten bzw. Informationen vorgelegt werden, die wir bisher in den Unterlagen leider nicht vorgefunden haben.

Daher stellen wir folgenden Antrag:

1. Bitte stellen Sie schriftlich dar, wie der tatsächliche Bedarf an Schwimmbädern bzw. Schwimmhallenkapazitäten für eine Großstadt der Größe Erlangen (ca. 106.000 Einwohner, realiter wohl wesentlich mehr) mit mehr als 30 Schulen (Schwimmunterricht!), mehreren Schwimmvereinen sowie zahlreichen „schwimmwilligen“ Bürgerinnen und Bürger ist!

Welche genauen Kriterien zur Ermittlung des Bedarfs (sowohl für Hallenbäder als auch Freibäder) bilden die Grundlage hinsichtlich von Planungsvarianten bzw. zur möglichen Beantragung von Fördermitteln als auch hinsichtlich der Anzahl der Bäder?

Ein bloßer Verweis auf eine Schulbauempfehlung von 1984 (Zitat der Schul- und Sportbürgermeisterin Aßmus: „Für den Schulsport werden die Schulbauempfehlungen aus dem Jahr 1984 angewendet, auch wenn diese formal nicht mehr gültig sind.“ - Sic!) ist wohl weder fortschrittlich, gültig oder gar für eine Stadt wie Erlangen angemessen.

2. Bitte stellen Sie schriftlich dar, wie der tatsächliche Bedarf sowie Hinweise zur weiteren Ausgestaltung bei den einzelnen Erlanger Schulen, Schwimmvereinen, Behindertenvereinen und auch in der Bürgerschaft abgefragt und berücksichtigt wurden?

Falls dies nicht erfolgte, sollte dies umgehend nachgeholt und veranlasst werden!

**Schulen:** Ist Schwimmunterricht ausgefallen bzw. gar nicht erst angeboten worden, weil die Hallenkapazitäten nicht ausgereicht haben? Welche Vorschläge haben Sportlehrerinnen und Sportlehrer zur Planung des Umbaus?

**Schwimmvereine:** Reichen die Hallenkapazitäten derzeit zur Erfüllung der Nachfrage im Schwimmsport (sowohl im Leistungs- als im Breitensportangebot) in Erlangen aus? Welche Vorschläge haben die Schwimmvereine zur Planung des Umbaus?

**Behindertenvereine:** Sind die Ansprüche hinsichtlich der Barrierefreiheit ausreichend berücksichtigt, usw. Welche Vorschläge haben die Vertreter der Vereine zur Planung des Umbaus?

**Bürgerinnen und Bürger:** Zeitnah sollte eine Bürgerbefragung vor endgültiger Beschlussfassung erfolgen.

Für die Beantwortung der Fragen bzw. Mitteilung zu den Daten VOR BESCHLUSSFASSUNG bedanken wir uns.

Mit freundlichen Grüßen!

Ihre



**Barbara Grille**

Ihr



**Joachim Jarosch**

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
I/52

Verantwortliche/r:  
Sportamt

Vorlagennummer:  
**52/209/2013**

### Änderungsantrag Nr. 104/2013 Sanierung Freibad West

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Sportbeirat	25.06.2013	Ö	Empfehlung	einstimmig angenommen
Sportausschuss	25.06.2013	Ö	Gutachten	mehrheitlich angenommen
Stadtrat	27.06.2013	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen  
ESTW

#### I. Antrag

1. Der Sachbericht der Verwaltung zum Thema Sanierung Freibad West und den vorgeschlagenen Änderungsanträgen wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Änderungsantrag Nr. 104/2013 des Stadtrates Herrn Jarosch ist damit bearbeitet.

#### II. Begründung Sachbericht

Die im Änderungsantrag beantragten drei Änderungen der Planungsvarianten 3 bzw. 3a sind ausgerichtet auf den Bau eines Hallenbades. Die Aufgabe der Erlanger Stadtwerke und der Sportverwaltung in der Vorlage 52/207/2013 „Sanierung Freibad West“ ist auf die Sanierung des Freibades West fokussiert, die eine Verortung eines neuen Hallenbades mit vorsehen soll. Die von der Fa. Plafog gelieferten Unterlagen dienen als Entscheidungsgrundlage für die künftig anzugehende Sanierungsvariante.

Sollte ein später denkbarer Beschluss für den Bau eines neuen Hallenbades durch den Erlanger Stadtrat erfolgen, sind dann auch über inhaltliche Ausgestaltungen (Sauna, Wasserrutschen, Erlebnisbecken), wie im Änderungsantrag gefordert, Entscheidungen zu treffen.

**Anlagen:** Änderungsantrag Nr. 104/2013 Sanierung Freibad West

### III. Abstimmung

Beratung im Gremium: Sportausschuss am 25.06.2013

#### **Ergebnis/Beschluss:**

1. Der Sachbericht der Verwaltung zum Thema Sanierung Freibad West und den vorgeschlagenen Änderungsanträgen wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Änderungsantrag Nr. 104/2013 des Stadtrates Herrn Jarosch ist damit bearbeitet.

mit 11 gegen 1 Stimmen

gez. Aßmus  
Vorsitzende/r

gez. Klement  
Berichtersteller/in

Beratung im Gremium: Sportbeirat am 25.06.2013

#### **Ergebnis/Beschluss:**

1. Der Sachbericht der Verwaltung zum Thema Sanierung Freibad West und den vorgeschlagenen Änderungsanträgen wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Änderungsantrag Nr. 104/2013 des Stadtrates Herrn Jarosch ist damit bearbeitet.

mit 13 gegen 0 Stimmen

gez. Aßmus  
Vorsitzende/r

gez. Klement  
Berichtersteller/in

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

**Joachim Jarosch**

Einzelstadtrat

Vogelherd 2, 91058 Erlangen

Tel.: 09131/602426

09131/602484

im.jarosch@web.de

**Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO**

**Eingang: 24.06.2013**

**Antragsnr.: 104/2013**

**Verteiler: OBM, BM, Fraktionen**

**Zust. Referat:I/52**

**mit Referat:**

**Erlangen, den 24. Juni 2013**

**Änderungsantrag zum TOP Sanierung Freibad West für den Sportausschuss bzw. die Stadtratssitzung im Juni 2013**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

nach Jahren des Stillstands in Sachen „Generalsanierung Freibad West“ bin ich froh, dass nun mit den Planungsmaßnahmen begonnen wird, sich endlich etwas in die richtige Richtung bewegt und somit das in die Jahre gekommene und marode (siehe gesperrtes Sprungturmbecken) Freibad – möglicherweise durch ESTW Mittel - saniert wird. Dadurch werden hoffentlich nach der Ertüchtigung wieder mehr Erlanger Bürgerinnen und Bürger das Freibad West besuchen und sich die aktuell vorhandene große Ungleichheit der Besucherzahlen unserer Freibäder ausgleichen.

Grundsätzlich halte ich den Schritt für richtig, auch den Hallenbadstandort aus dem innerstädtischen Frankenhof – wo eben auch die Parkmöglichkeiten sehr stark eingeschränkt sind- in Richtung der westlichen bestehenden (und neuen) Wohnquartiere zu verlagern und somit zukünftig kommunales Bäderangebot im Stadtosten und Stadtwesten anzubieten. Darüber hinaus ist es sinnvoll, dass dann die gleiche Technik für das Hallen- und Freibad jahreszeitabhängig genutzt werden kann und somit Synergieeffekte –sowohl finanziell wie auch am Raumprogramm- erzielt werden.

Dadurch ergibt sich ein weiterer Vorteil, nämlich dass mittelfristig dringend benötigte Flächen in der Innenstadt für (vorhandenes) kulturelles Angebot sowie der Raumbedürfnisse unserer städtische Ämter aktiviert bzw. gehoben werden kann durch eine bedarfsgerechte/n Generalsanierung bzw. Neubau des Frankenhofs, hoffentlich dann mit Parkraumangebot.

Jedoch stelle ich für die im Betreff genannten Gremien **drei Änderungsanträge** zur (Einzel-) Abstimmung, die meiner Meinung nach mit in die Planungen aufgenommen werden müssen und die es sich –auch langfristig- lohnt, umsetzen. Dabei beziehen sich meine Änderungsvorschläge auf die Planungsvariante 3 bzw. 3a, da ich die Variante 2 für nicht wirtschaftlich und die Varianten 1/1a für städtebaulich nicht sinnvoll erachte.

**Planungsvariante 3neu:**

1. Ein **Saunabereich** ist analog dem Hallenbad Frankenhof in das Konzept zu integrieren.
2. Analog den Vorstellungen der Firma Plafog GmbH im Sportausschuss vom 09.04.2013 ist das Lehrschwimmbecken bzw. das Sprungturmbecken mit **Wasserrutschen** auszustatten, um die Attraktivität des Freibades weiter zu steigern. Diese dürfen jedoch den Schulschwimmsport bzw. Springsport zu dessen Nutzungszeiten nicht beeinflussen, was laut Aussage der Plafog GmbH realisierbar ist und in anderen Kommunen bereits umgesetzt wurde.
3. Das für Nichtschwimmer geeignete **Erlebnisbecken** ist in das Konzept so zu integrieren, dass es **überdacht** hergestellt wird und somit auch eine Nutzung außerhalb der Freibadsaison möglich ist. Leider fehlt es bis dato in Erlangen an einem ganzjährig nutzbaren Erlebnisbecken für Jung und Alt.

Weitere Erläuterungen zu den Punkten werden mündlich in der Sitzung vorgetragen.

Darüber hinaus bitte ich die Verwaltung den Investitionsrahmen und dessen Finanzierung detailliert darzulegen sowie den Eingangsbereich, der doch sehr „übersichtlich“ ist, soweit möglich zu überplanen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Joachim JK'. The signature is written in a cursive style with a large 'J' and a stylized 'K'.

Joachim Jarosch  
Einzelstadtrat

## Ö 19.3

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Chefin der Geschäftsordnung,

hiermit bitte ich um die Beantwortung folgender Fragen in der morgigen Bürgerfragestunde (Stadtrats-sitzung).

Da Sie bezüglich der Sanierung des Freibads West die Planungsvariante 1 a (Sanierung nach Bestand) bevorzugen und das Schwimmbad im Frankenhof im Mai 2014 geschlossen werden soll, wohin werden der Schulschwimmsport, die Schwimmkurse, die Babygruppen und die Tauchschulen umgeleitet, die z.Zt. noch im Frankenhofbad aktiv sind ? Ist für die Zeit nach Schließung des Frankenhofbades bereits im Gespräch, das Hallenbad Röthelheim für die Öffentlichkeit ganz zu schließen, bzw. welche Regelungen für die öffentliche Nutzung des Hallenbades Röthelheim sind angedacht ?

Wo und wann kann die Erlanger Bevölkerung dann in der kalten Jahreszeit Schwimmtätigkeiten ausführen oder soll das komplett entfallen?

Auch ein Saunabesuch ist in Verbindung mit Schwimmen unumstrittene Gesundheitsprophylaxe, der die Erlanger Bevölkerung nach Schließung des Hallenbades mit Sauna im Frankenhof in keiner öffentlichen Einrichtung mehr nachgehen kann. Warum gibt es dieses Angebot in umliegenden Städten wie Herzogenaurach, Forchheim, Fürth etc. und nicht in der Gesundheits- und Sportstadt Erlangen?

Wieviel Wasserfläche sollte einer Großstadt mit 106.000 Einwohnern und mehr als 30 Schulen zur Verfügung stehen?

Warum wird zu diesem Thema keine Befragung der Bürger durchgeführt, die durch die Schließung des Hallenbades im Frankenhof und den voraussichtlichen Nichtneubau eines Hallenbades im Freibad West ja unmittelbar betroffen sind?

Ich bitte um eine kurze Antwort und um die Information, wann der entsprechende Tagesordnungspunkt verhandelt wird.

Mit freundlichen Grüßen

Lucie Büchert-Fohrer

## Auszug aus der Geschäftsordnung für den Stadtrat Erlangen (GeschO)

### § 37 Bürgerfragestunde

- (1) Bürgerinnen und Bürger der Stadt Erlangen können in kommunalen Angelegenheiten der Stadt Fragen an den Oberbürgermeister und die Referenten bzw. Referentinnen richten mit dem Antrag, diese in zeitlichem und örtlichem Zusammenhang mit einer öffentlichen Sitzung des Stadtrates oder eines Ausschusses, in der Regel zwischen 17 und 18 Uhr, zu beantworten (Bürgerfragestunde).
  - (2) Der Oberbürgermeister bereitet die Beantwortung der Fragen vor; die nicht zugelassenen Fragen legt er dem Ältestenrat in der nächsten Sitzung vor. Fragen, die von der Mehrheit der Mitglieder des Ältestenrats für zulässig gehalten werden, sind in der nächsten Fragestunde zu beantworten.
  - (3) Der Oberbürgermeister teilt dem Stadtrat die eingereichten Fragen mit den Sitzungsunterlagen mit.
  - (4) Die Fragen werden grundsätzlich in der Reihenfolge ihres Einganges beantwortet. Mit Einverständnis der betroffenen Person ist eine schriftliche Beantwortung möglich.
  - (5) Der Oberbürgermeister oder die damit beauftragte Mitarbeiterin bzw. der damit beauftragte Mitarbeiter verliest die Frage in der Fragestunde und beantwortet sie. Die Fragestellerin bzw. der Fragesteller kann eine Zusatzfrage stellen. Wenn Frage oder Zusatzfrage beantwortet sind, können jede Fraktion und auch Einzelmitglieder des Stadtrats hierzu jeweils eine Stellungnahme abgeben; die Redezeit für die Stellungnahme wird auf 3 Minuten beschränkt.
- Die Dauer der Fragestunde wird auf höchstens 60 Minuten festgesetzt.

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
I/52

Verantwortliche/r:  
Sportamt

Vorlagennummer:  
52/197/2013

### Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2012 des Amtes 52

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Sportbeirat	25.06.2013	Ö	Empfehlung	angenommen mit Änderungen
Sportausschuss	25.06.2013	Ö	Beschluss	verwiesen
Stadtrat	27.06.2013	Ö	Beschluss	

#### Beteiligte Dienststellen

#### I. Antrag

1. Dem bereinigten Gesamtbudgetergebnis 2012 des Amtes 52 i.H.v. 125.205,65 EUR und dem vorgesehenen Übertrag von 0 EUR wird zugestimmt.
2. Mit dem Vorschlag zur Verwendung der Restmittel in der Budgetrücklage des Amtes 52 von 30.000 EUR besteht, vorbehaltlich der Beschlussfassung über die Übertragung der Budgetergebnisse durch den Stadtrat, Einverständnis.

Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung über den Übertrag erfolgt in Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und Stadtrat.

#### II. Begründung

##### 1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Mit der Möglichkeit, 20 % des positiven Budgetergebnisses für sinnvolle Aufgaben des nächsten Jahres verwenden zu können, soll das verantwortungsvolle Wirtschaften des Fachamtes unterstützt und anerkannt werden.

##### 2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

- 2.1 Das bereinigte Sachkostenbudgetergebnis 2012 des Amtes 52 beträgt 125.205,65 EUR (2011:84.568,48 EUR, 2010: 89.740,10).

Es ist zurückzuführen auf: Wirtschaftliches Handeln

In den Investitionshaushalt wurden 0 EUR übertragen (2011: 0 EUR, 2012: 0 EUR).

- 2.2 Das bereinigte Personalkostenbudgetergebnis 2011 des Amtes 52 beträgt -19.443,49 EUR (2009: 5.087,38 EUR, 2008: -30.200,10EUR).

Es ist zurückzuführen auf: Wiederbesetzungssperren und zusätzlich notwendiges Personal

- 2.3 Das Arbeitsprogramm 2012 konnte wie geplant erfüllt werden:

- 2.4 Der vorgesehene Übertragungsvorschlag ist der beiliegenden Budgetabrechnung der Kämmererei zu entnehmen.

2.5 Folgende Verwendung des Budgetübertrages ist geplant:

- 2.5.1 Fortbildungsmöglichkeiten für Mitarbeiter
- 2.5.2 Zuzahlung Dienst-KFZ
- 2.5.3 Erwerb einer mobilen Musik- und Lichtanlage
- 2.5.4 Anschaffung von Kraftgeräten für den Kraftraum Friedrich-Sponsel-Halle

### 3. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Budgetrücklage: 30.000 €

**Anlagen:** Budgetdokumentation Amt 52

## III. Abstimmung

Beratung im Gremium: Sportausschuss am 25.06.2013

### Protokollvermerk:

Der Änderungsantrag zur Verwendung des Budgetergebnisses von Amt 52 wird wie folgt vom Antragssteller ergänzt:

Es soll die die Fortführung des BIG-Projekts im Sportamt, für eine finanzielle Sicherung des Gestalt-Projektes (nach dem Auslaufen der bisherigen Finanzierung im Frühjahr/Sommer 2014) und für eine zusätzliche Förderung der Übungsleiterpauschale 2013 verwendet werden.

Der Sportausschuss befindet nicht über diesen Antrag, sondern verweist diesen in die Stadtratssitzung vom 27.06.2013.

gez. Aßmus  
Vorsitzende/r

gez. Klement  
Berichterstatter/in

Beratung im Gremium: Sportbeirat am 25.06.2013

### Protokollvermerk:

Der Änderungsantrag zur Verwendung des Budgetergebnisses von Amt 52 wird wie folgt vom Antragssteller ergänzt:

Es soll die die Fortführung des BIG-Projekts im Sportamt, für eine finanzielle Sicherung des Gestalt-Projektes (nach dem Auslaufen der bisherigen Finanzierung im Frühjahr/Sommer 2014) und für eine zusätzliche Förderung der Übungsleiterpauschale 2013 verwendet werden.

Der Sportbeirat stimmt dem Antrag einstimmig zu.

mit 13 gegen 0 Stimmen

gez. Aßmus  
Vorsitzende/r

gez. Klement  
Berichterstatter/in

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

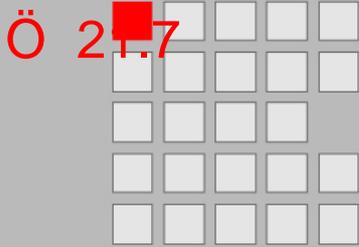
Kontenschema		Budgetvolumen	<u>Budgetrelevante Änderungen im Laufe des Jahres 2012</u>
<b>52_BUDGET1</b>			
<b>Erträge</b>	<b>Aufwendungen</b>		
3.263.500,00	-5.121.600,00	-1.858.100,00	<b>Beschlossenes Sachmittelbudget (Kontenschema XX_BUDGET1, Spaltenlayout SPALT_6, Spalte "2012/Plan")</b>
	-2.870,47		Veränderungen im Laufe des Abrechnungszeitraums (Mittelherkunftsfiler APL/ÜPL/Sperre)
			Genehmigungsnr. 26 (MUmb f. SK 521112 v. SK 521112 / Amt 24 - Ausschüttung Prämie Energiesparmodell Amt 52 gem. STR-Beschluss vom 28.06.2012)
	10.200,00		
Zeile 265	0,00	7.329,53	Sperre wegen Übertrag HH-Ermächtigung Machbarkeitsstudie Neubau Sport (SK 543222, KST 520090, KTR 42110052)
			Summe der Veränderungen im Abrechnungszeitraum (Mittelherkunftsfiler APL/ÜPL/Sperre)

		<u>Budgetabrechnung 2012</u>	
Zeile 268	3.263.500,00	-5.114.270,47	-1.850.770,47 Fortgeschriebenes Sachmittelbudget (Kontenschema XX_BUDGET1, Spaltenlayout SPALT_6, Spalte "Fortgeschriebener Plan")
Zeile 270	3.750.900,86	-5.457.022,19	-1.706.121,33 <b>Erwirtschaftetes Überschuss-/verbrauchtes Zuschussbudget = Rechnungsergebnis (Bewegungen) aus nsk (Kontenschema XX_BUDGET1, Spaltenlayout SPALT_6, Spalte "2012/Ist")</b>
	487.400,86	-342.751,72	Mehrerträge (+) / Mindererträge (-) Mehraufwendungen (-) / Minderaufwendungen (+)
Zeile 274			144.649,14 <b>Ergebnis Sachmittelbudget</b> Bereinigungen Sachmittelbudget:
Zeile 279			144.649,14 <b>Bereinigtes Ergebnis Sachmittelbudget = Teilergebnis I</b>
Zeile 281			-24.250,21 <b>Ergebnis Personalmittelbudget (Wert kommt von Amt 11)</b> Bereinigungen Personalmittelbudget
			4.806,72 Erstattung von ESTW
Zeile 286			-19.443,49 <b>Bereinigtes Ergebnis Personalmittelbudget = Teilergebnis II</b>
Zeile 288			125.205,65 <b>Bereinigtes Gesamtergebnis Personal- und Sachmittelbudget (Teilergebnis I + Teilergebnis II)</b>
			-87.643,95 abzüglich 70 % Rückgabe gemäß Budgetierungsregel (Rückgabe = Betrag mit Minuszeichen)
			-37.561,69 abzüglich freiwillige Rückgabe des Fachamtes (Rückgabe = Betrag mit Minuszeichen)
			plus Entnahme aus der Sonderrücklage des Fachamtes zur Reduzierung des negativen Ergebnisses (kein Vorzeichen)
Zeile 294			0,00 <b>Übertragungsvorschlag der Kämmerei für den Fachausschuss/HFPA/Stadtrat</b>

**Sondereinbarung:**

34.350,23	Freiwillige Entnahme eines Teilbetrages aus der Sonderrücklage des Fachamtes (Ergebnis des Protestgespräches zum HH 2012) und Rückgabe an den städtischen Haushalt; in der Rücklage des Fachamtes verbleibt ein Betrag von 30.000 €
-----------	---

21/29



## Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

**Eingang:** 25.06.2013  
**Antragsnr.:** 105/2013  
**Verteiler:** OBM, BM, Fraktionen  
**Zust. Referat:** I/52  
**mit Referat:**

**SPD Fraktion  
im Stadtrat Erlangen**

Herrn  
Oberbürgermeister  
Dr. Siegfried Balleis  
Rathaus

91052 Erlangen

Rathausplatz 1  
91052 Erlangen  
Geschäftsstelle im Rathaus,  
1. Stock, Zimmer 105 und 105a  
Telefon 09131 862225  
Telefax 09131 862181  
spd.fraktion@stadt.erlangen.de  
www.spd-fraktion-erlangen.de

### **Änderungsantrag zum Sportausschuss Verwendung Budgetergebnis Amt 52**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

zum TOP 11/Beschlussvorschlag Satz 1 (Seite 50) stellen wir folgenden  
Änderungsantrag:

Das Budgetergebnis 2012, das entsprechend der Anwendung der  
Budgetregeln bei Amt 52 verbleiben kann, wird nicht an die Kämmerei  
zurückgegeben, sondern in die Rücklage überwiesen.

Es soll für die Fortführung des BIG-Projekts im Sportamt und für eine  
finanzielle Sicherung des Gestalt-Projekts (nach dem Auslaufen der  
bisherigen Finanzierung im Frühjahr/Sommer 2014) verwendet werden.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Florian Janik  
Fraktionsvorsitzender

Norbert Schulz  
Sprecher für Sport

Gisela Niclas  
Sprecherin für  
Soziales

Barbara Pfister  
Stv.  
Fraktionsvorsitzende

f.d.R. Gary Cunningham  
Geschäftsführer der SPD-Fraktion

**Datum**  
25.06.2013

**AnsprechpartnerIn**  
Dr. Florian Janik

**Durchwahl**  
0176 23533630

**Seite**  
1 von 1

**Erhöhung der Mietobergrenzen für Empfänger/-innen von ALG II und  
Grundsicherung;  
Fraktionsantrag der Grünen Listen Nr. 231/2012 vom 12.12.2012;  
hier: Stellungnahme des Rechtsamtes**

---

- I. Der SGA hat in seiner Sitzung vom 05.06.2013 beschlossen, die Vorlage der Verwaltung in die Sitzung des Stadtrates am 27.6.2013 zu verweisen und gleichzeitig eine Stellungnahme des Rechtsamtes dazu zu erbitten.

Seitens des Amtes 30 wird zum Fraktionsantrag der Grünen Liste vom 12.12.2012, Nr. 231/12, sowie zu den diesbezüglichen Ausführungen des Amtes 50 in der Beschlussvorlage zum Sozialbeirat, Sozial- und Gesundheitsausschuss vom 05.06.2013 sowie zum Stadtrat vom 27.06.2013 Stellung genommen wie folgt:

Ergänzend wird zur Darstellung der Rechtsprechung darauf hingewiesen, dass das Bundessozialgericht selbst zur Begrenzung der als angemessen anzusehenden Miete einen sog. „Sicherheitszuschlag“ von 10 v.H. auf den jeweiligen Höchstbetrag der Tabelle (rechte Spalte) zu § 8 WoGG berücksichtigt (BSG vom 22.03.2012, B 4 AS 16/11 R; BSG vom 22.08.2012, Az. B 14 AS 13/12 R, BSG vom 11.12.2012, B 4 AS 44/12 R). Dieser ist vom Sozialgericht Nürnberg im Urteil vom 06.11.2012 übernommen worden.

Das Bayerische Landessozialgericht war, weil die konkreten Umstände des dort anhängigen Verfahrens einen Vergleich rechtfertigten, bislang gerade nicht gehalten, über die Mietobergrenze der Stadt Erlangen zu entscheiden. Es hatte daher noch keine Gelegenheit, diese Mietobergrenze zu „akzeptieren“, und dürfte auch künftig angesichts der betragsmäßig deutlich unter dem Berufungswert liegenden Abweichungen zu den Werten der Wohngeldtabelle (zuzüglich 10 v.H. „Sicherheitszuschlag“) hierzu kaum Gelegenheit bekommen.

Eine eingehende Befassung mit der für Erlangen festgesetzten Mietobergrenze ist hingegen durch das Sozialgericht Nürnberg in dem von Amt 50 zitierten Urteil vom 06.11.2012, Az. S 6 AS 735/08, erfolgt.

Das Rechtsamt hält dabei im Gegensatz zu Amt 50 die Ausführungen des Sozialgerichts Nürnberg in diesem Urteil für nachvollziehbar. Das Sozialgericht beanstandet dabei insbesondere, dass Wohnungen aufgrund von Lage oder Baualter von vornherein außer Acht bleiben, obwohl es auch unter diesen ausgenommenen Wohnungen solche von einfachem Standard, wie er für Mieter von Leistungen nach dem SGB II angemessen sei, geben könne. Ferner beanstandet das Gericht, dass der Mietspiegel, obwohl für nicht tauglich gehalten, gleichwohl die Ausgangsbasis der Ermittlung der Mietobergrenze bildete.

Dieses Urteil wurde nicht bloß aus pragmatischen Erwägungen „hingenommen“, sondern es wäre auch kein Rechtsmittel dagegen statthaft gewesen. Die Berufungssumme von Euro 750,00 war im entschiedenen Fall nicht erreicht, und da es sich bei der Frage, ob im zu entscheidenden Fall die Miete angemessen ist oder nicht, stets um eine Einzelfallentscheidung handelt, fehlt derartigen Fällen die für die Zulassung einer Berufung erforderliche „grundsätzliche Bedeutung“.

Betont werden muss allerdings, dass das Sozialgericht durchaus die Werte der Wohngeldtabelle nicht für „richtig“ hält, um die höchstens als angemessen anzusehende Miete (sog. Mietobergrenze) zu bestimmen. Vielmehr wird in Anlehnung an die Rechtsprechung des Bundessozialgerichts darauf nur gleichsam hilfsweise zurückgegriffen, weil eben sonst kein geeigneter Maßstab vorhanden sei.

**Auf keinen Fall lässt sich daraus der Schluss ziehen, die Werte der Wohngeldtabelle stellen – zuzüglich einer Erhöhung um 10 v.H. – die für Erlangen maßgebliche Mietobergrenze dar!**

Nach wie vor bleibt die Stadt als Grundsicherungsträgerin gehalten, die für Erlangen höchstens als angemessen anzusehende Miete an Hand der Besonderheiten des örtlichen Wohnungsmarktes festzustellen.

Daher ist aus rechtlicher Sicht die beabsichtigte Vorgehensweise des Sozialamtes, die Mietobergrenzen nach Veröffentlichung des neuen Mietspiegels zu überprüfen und neu festzusetzen, richtig.

I.A.

Groß

- II. Amt 50-AL per mail z.K. und weiteren Veranlassung.
- III. Kopie <Referat III/ Frau Wüstner> und <Amt 30-AL/ Frau Kreller> je z.K.
- IV. Kopie 30-Gr z.V.

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
OBM/13-4

Verantwortliche/r:

Vorlagennummer:  
13-4/029/2013

### Dringlichkeitsantrag für den HFGA am 19.06.2013: Resolution zum Vorgehen der Sicherheitskräfte in der Türkei

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	19.06.2013	Ö	Beschluss	angenommen mit Änderungen

#### Beteiligte Dienststellen

#### I. Antrag

- Die Stadt Erlangen und ihre Bürgerschaft unterstützen die Reformbewegungen und die friedlichen Bürgerproteste der türkischen Bevölkerung und in der Partnerstadt Beşiktaş. Dies hat der Oberbürgermeister bereits in seinem Schreiben an den Bürgermeister der Stadt Beşiktaş, Herrn Ismail Ünal, vom 18. Juni 2013 zum Ausdruck gebracht – das Schreiben wird im Rahmen der Internationalen Frauenkonferenz übergeben, die vom 22. bis 26. Juni 2013 in Beşiktaş stattfindet.
- Der Stadtrat sieht von einer weiteren Befassung mit dem Antrag ab.
- Der Fraktionsantrag der Stadtratsfraktion Grüne Liste Nr. 099/2013 vom 18. Juni 2013 ist damit abschließend bearbeitet.

#### II. Begründung

##### 1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Es liegt nicht im Zuständigkeitsbereich der Stadt Erlangen, die beantragte Resolution gegenüber der türkischen Bevölkerung und der Partnerstadt Beşiktaş abzugeben.

Die Solidarität der Stadt Erlangen und Ihrer Bevölkerung mit den friedlichen Bürgerprotesten und den Reformbewegungen wird im Schreiben des Oberbürgermeisters vom 18. Juni 2013 zum Ausdruck gebracht.

##### 2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Die mit Fraktionsantrag Nr. 099/2013 beantragte Resolution ist nicht zu verabschieden.

##### 3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

-----

**Anlagen:** Fraktionsantrag Nr. 099/2013  
Schreiben des Oberbürgermeisters vom 18.6.2013

### III. Abstimmung

Beratung im Gremium: Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 19.06.2013

#### Protokollvermerk:

Frau StRin Lender-Cassens bittet, den Antrag in folgender modifizierten Form zur Abstimmung zu stellen:

„Unverzichtbarer Bestandteil eines demokratischen Staates ist das Recht der BürgerInnen auf freie Meinungsäußerung - auch in Form von Protestaktionen.

Ein gewalttätiges Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen die Protestierenden, wie momentan in der Türkei, ist damit nicht vereinbar. Wir **bitten** die Zuständigen dafür zu sorgen, dass dieses unverhältnismäßige Vorgehen beendet wird. Wir bitten die Verantwortlichen auch, sich für eine friedliche Lösung einzusetzen.“

Der Antrag wird mit 3 gegen 11 Stimmen abgelehnt.

Als Kompromiss wird die Ziffer „2. Der Stadtrat sieht von einer weiteren Befassung mit dem Antrag ab.“ aus dem Beschlussvorschlag der Verwaltung herausgenommen.

#### Ergebnis/Beschluss:

1. Die Stadt Erlangen und ihre Bürgerschaft unterstützen die Reformbewegungen und die friedlichen Bürgerproteste der türkischen Bevölkerung und in der Partnerstadt Beşiktaş  
Dies hat der Oberbürgermeister bereits in seinem Schreiben an den Bürgermeister der Stadt Beşiktaş , Herrn Ismail Ünal, vom 18. Juni 2013 zum Ausdruck gebracht – das Schreiben wird im Rahmen der Internationalen Frauenkonferenz übergeben, die vom 22. bis 26. Juni 2013 in Besiktas stattfindet.
2. Der Fraktionsantrag der Stadtratsfraktion Grüne Liste Nr. 099/2013 vom 18. Juni 2013 ist damit abschließend bearbeitet.

mit 14 gegen 0 Stimmen

gez. Dr. Balleis  
Vorsitzende/r

gez. Lerche  
Berichtersteller/in

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

**Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO**

**Eingang:** 18.06.2013  
**Antragsnr.:** 099/2013  
**Verteiler:** OBM, BM, Fraktionen  
**Zust. Referat:** OBM/13  
**mit Referat:**



**Stadtratsfraktion**

Grüne Liste Rathausplatz 1 91052 Erlangen

Herrn  
Oberbürgermeister  
Dr. Siegfried Balleis  
Rathausplatz 1  
91052 Erlangen

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen  
Zimmer 130

tel 09131/862781 fax 09131/861681  
e-mail: buero@gl-erlangen.de  
<http://www.gl-erlangen.de>

Bürozeiten:  
Mo 10-12, 14-18 Di, Mi 10-12 Do 10-14

Erlangen, den 18.06.2013

**Dringlichkeitsantrag für den HFPA am 19.06.2013:  
Resolution zum Vorgehen der Sicherheitskräfte in der Türkei**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir beantragen:

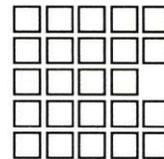
Der Stadtrat beschließt folgende Resolution, die dann zum Beispiel im Rahmen der Deutsch-türkischen Frauenkonferenz am Wochenende der Verwaltung von Besiktas übergeben wird.

Unverzichtbarer Bestandteil eines demokratischen Staates ist das Recht der BürgerInnen auf freie Meinungsäußerung - auch in Form von Protestaktionen. Ein gewalttätiges Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen die Protestierenden, wie momentan in der Türkei, ist damit nicht vereinbar. Wir fordern die Zuständigen auf dafür zu sorgen, dass dieses unverhältnismäßige Vorgehen sofort beendet wird. Wir bitten die Verantwortlichen von Besiktas, sich für eine friedliche Lösung einzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Susanne Lender-Cassens

F.d.R.: Wolfgang Most



## Stadt Erlangen

Der Oberbürgermeister

**Beşiktaş Belediyesi**  
**Belediye Başkanı**  
**Sayın İsmail Ünal**  
**Nispetiye Mahallesi**  
**Aytar Caddesi Başlak Sokak No. 1**  
**1. Levent**  
**Beşiktaş – İstanbul**  
**TÜRKIYE**

Rathausplatz 1  
91052 Erlangen  
Postfach 3160, 91051 Erlangen  
Telefon 0 91 31 / 86 22 00  
Telefax 0 91 31 / 86 21 12  
E-Mail [stadt@stadt.erlangen.de](mailto:stadt@stadt.erlangen.de)  
Internet <http://www.erlangen.de>  
Az. OBM/13-4/ksj

18. Juni 2013

### Proteste in Istanbul und der Türkei

Sehr geehrter Kollege Ünal,

*İsmail Ünal*

mit großer Sorge beobachten deutsche und türkische Erlanger das gewaltsame Vorgehen gegen protestierende Menschen in Beşiktaş und Istanbul.

Die staatlichen Reaktionen auf die Proteste rund um den Taksim-Platz entsprechen nicht unseren gemeinsamen demokratischen Vorstellungen der Freiheit von Versammlung und Meinungsäußerung.

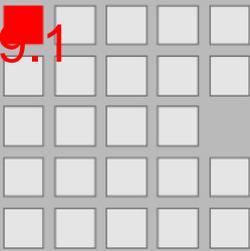
Gemeinsam mit dem Erlanger Stadtrat, dem Verein ERBEŞ e.V. und zahlreichen Erlangerinnen und Erlangern beobachten wir diese Entwicklung kritisch und wünschen Dir und den Bürgerinnen und Bürgern von Beşiktaş konstruktive Lösungen und ein friedliches Ende.

Wir fühlen uns gerade in diesen Tagen nahe bei euch und wünschen uns sehr, dass unser gemeinsamer Dialog, den wir auch und gerade auf zivilgesellschaftlicher Ebene führen, Ansporn für die Weiterentwicklung solch nachhaltiger Strukturen sein mag.

Mit besten Grüßen

*Dr. Siegfried Balleis*

Dr. Siegfried Balleis  
Oberbürgermeister



**Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO**

**Eingang:** 27.06.2013  
**Antragsnr.:** 107/2013  
**Verteiler:** OBM, BM, Fraktionen  
**Zust. Referat:** VI/Hr. Weber  
**mit Referat:**

**SPD Fraktion  
im Stadtrat Erlangen**

Herrn  
Oberbürgermeister  
Dr. Siegfried Balleis  
Rathaus

91052 Erlangen

Rathausplatz 1  
91052 Erlangen  
Geschäftsstelle im Rathaus,  
1. Stock, Zimmer 105 und 105a  
Telefon 09131 862225  
Telefax 09131 862181  
e-Mail spd@erlangen.de  
www.spd-fraktion-erlangen.de

**Abbruch der Eisenbahnbrücke in Bruck  
Dringlichkeitsantrag zur Stadtratssitzung am 27. Juni 2013**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

am 13.7. soll die Eisenbahnbrücke Tennenloher Straße in Bruck abgebrochen werden. Ohne eine Alternative für Fußgänger und Radfahrer werden die Wege, insbesondere für die Kinder und Jugendlichen auf dem Weg zum Training beim FSV Bruck, nicht nur länger, sondern auch gefährlicher.

Die Verwaltung wird beauftragt, schnellstmöglich einen sicheren Zugang zu ermöglichen (z.B. durch einen Behelfssteg).

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Florian Janik  
Fraktionsvorsitzender

Norbert Schulz  
Stadtrat

Robert Thaler  
Sprecher für Bauen und  
Planen

**Datum**  
27.06.2013

**AnsprechpartnerIn**  
Dr. Florian Janik

**Durchwahl**  
0176 23533630

**Seite**  
1 von 1

f.d.R. Gary Cunningham  
Geschäftsführer der SPD-Fraktion



# Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente	
Tischauflagen -öffentlich-	1
Vorlagendokumente	
TOP Ö 19 Sanierung Freibad West	
Ausbauvarianten und Kosten; ESTW vom 25.06.2013 52/207/2013	2
TOP Ö 19.1 Dringlichkeitsantrag Nr. 103/2013 Sanierung Freibad West	
Beschluss Stand: 25.06.2013 52/208/2013	9
Dringlichkeitsantrag Nr. 103 Sanierung Freibad West 52/208/2013	11
TOP Ö 19.2 Änderungsantrag Nr. 104/2013 Sanierung Freibad West	
Beschluss Stand: 25.06.2013 52/209/2013	13
Dringlichkeitsantrag 104/2013 Sanierung Freibad West 52/209/2013	15
TOP Ö 19.3 Bürgerfragestunde gemäß § 37 der Geschäftsordnung für den Stadtrat:	
Bürgerfragestunde Bäder 13-2/296/2013	17
Auszug aus der Geschäftsordnung § 37 Bürgerfragestunde 13-2/296/2013	18
TOP Ö 21.7 Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2012 des Sportamtes	
Beschluss Stand: 25.06.2013 52/197/2013	19
Budgetdokumentation Amt 52 52/197/2013	21
Antrag SPD 105/2013 52/197/2013	22
TOP Ö 26 Erhöhung der Mietobergrenzen für EmpfängerInnen von ALG II und Grundsicherung	
Anlage 2: Stellungnahme des Rechtsamtes 50/122/2013	23
TOP Ö 29 Dringlichkeitsantrag Nr. 085/2013 - Resolution "Solidarität mit der tü	
Behandlung Dringlichkeitsantrag Nr. 099/2013 Grüne Liste im HFPA 13/0	25
TOP Ö 29.1 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion Nr. 107/2013 zum Stadtrat am 2	
Dringlichkeitsantrag SPD 107/2013 13-2/297/2013	29
Inhaltsverzeichnis	30